

Leserbriefe

Leserbrief zum Beitrag von K.E. von Mühlendahl und M. Otto "Kinderumwelt und Kindergesundheit im deutschen Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit", UFP 6(5) 262-264 (2001)

Die Autoren stellen ausführlich den derzeitigen Entwicklungsstand des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) in Deutschland dar. Es ist erfreulich, dass eine deutschsprachige Fachzeitschrift diese wichtige Kommunikation der Wissenschaft mit Verwaltung und Politik ermöglicht. Umweltmedizin wird missverstanden, wenn sie auf ein rein naturwissenschaftliches Fach reduziert wird, Output daher ausschließlich in "Impact-Punkten" gemessen werden kann. Tatsächlich liegt die Hauptaufgabe der Umweltmedizin in der Anwendung von Erkenntnissen durch Verknüpfung und Übersetzung in den gesellschaftlichen Kontext.

Daher ist die Auseinandersetzung mit dem APUG in dieser Zeitschrift ein legitimes und notwendiges Unterfangen. Ich meine allerdings, dass die Darstellung durch unmittelbar am Prozess beteiligte Personen notwendigerweise einseitig ausfällt. Sie soll hier durch den Blick einer ärztlichen Umweltschutzvereinigung aus Österreich ergänzt werden.

Insgesamt zeigt der Statusbericht in beeindruckender Weise den Umfang des Programms und die Aufbruchsstimmung, die in Behörden und Vereinen besteht, sowie die Erwartungen, die damit in weiten Kreisen der "Umwelt-Szene" Deutschlands verknüpft sind. In mehreren Passagen fällt jedoch eine Unzufriedenheit mit dem Erreichten auf. Unzufriedenheit mit dem Ist-Zustand ist allerdings notwendige Voraussetzung und Antrieb freiwilligen Engagements. Der hohe Vertrauensbonus, den Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) in unserer Gesellschaft genießen, gründet auch darauf, dass sie ihre Ziele am Ideal und nicht an bereits erreichten Kompromissen ausrichten. Unterschiedliche Aufgaben, Ziele, Möglichkeiten, Zeithorizonte und Schwerpunkte aller Akteure (NGOs, Behörden, Industrie, Politik) gilt es zu erkennen und zu akzeptieren, wenn das gemeinsame Unterfangen langfristig Erfolg haben und nicht zu gegenseitigen Missverständnissen und Enttäuschungen führen soll.

Aus österreichischer Sicht beeindruckt die begonnene Vernetzung von Umwelt- und Gesundheitssektor sowie die Kooperationsbereitschaft der beteiligten Behörden. Bei uns haben Umweltpolitiker erkannt, dass "Gesundheit" eine wichtige Legitimation ihrer Tätigkeit (gerade in Zeiten knapper werdender öffentlicher Ressourcen) darstellt. Die Gesundheitspolitik hingegen bekennt sich wohl gelegentlich "auch" zur Vorsorge, meint aber damit bestenfalls "Früherkennung". Folglich wird in Österreich die meiste Arbeit auf dem Gebiet des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes von der Umweltpolitik geleistet. Die sicher sehr mühsame Bürgerbeteiligung ist jedoch noch sehr gering entwickelt.

Das Forum Kinder-Umwelt und Gesundheit in München (23./24.11.01) zeigte Fortschritte auf diesem Weg, wobei der Versuch, die Kinder selbst einzubeziehen, manche Akteure de-

maskierte. Mit Kindern statt über Kinder zu reden muss erst erlernt werden! Immerhin wurde die Bereitschaft dazu glaubhaft vermittelt.

Im Gegensatz zu diesem positiven Eindruck beklagt der Statusbericht, dass

1. Publizität und Rezeption des APUG bislang gering sind und keine großen Ressourcen zur Verfügung stehen,
2. APUG nicht "Chefsache" ist,
3. Die Effektivität der NGOs generell begrenzt ist und
4. Die Umsetzung vieler durchdachter und substanzvoll formulierter Forderungen aussteht.

Zu Punkt 1: Vielleicht hilft es, die Aufgaben der einzelnen Partner gemäß ihrer jeweiligen Talente klarer festzulegen. So ist die Schaffung von Publizität sicher am besten bei den NGOs aufgehoben, da diese wegen ihrer breiten Verankerung in der Bevölkerung wichtige Botschaften mit dem geringsten Mitteleinsatz verbreiten können. Selbst mit einem Teil der budgetierten Mittel (1 bis 2,5 Mio. DM pro Jahr) kann durch den Multiplikationseffekt sicher eine beachtliche Breitenwirkung erzielt werden.

Zu Punkt 2: Das Fernbleiben des Umweltministers vom Münchner Forum unterstrich die deutsche Kritik, dass auf Chefebene andere Prioritäten gesetzt werden. Dies ist schwer von unserer Seite zu beurteilen. Allerdings fiel das dokumentierte Interesse der Gesundheitspolitik (auch in der Person der Bundesministerin) am gemeinsamen Programm positiv auf.

Zu Punkt 3: Die Schlagkraft des APUG in Deutschland wird möglicherweise durch die unüberschaubare Vielfalt der Organisationen gemindert, die zu einer "Verzettelung" der begrenzten Mittel führt. Zukunftsweisende Vernetzungen im NGO-Bereich zeichneten sich jedoch beim Münchner Forum sowie auch in dessen Vorbereitung ab.

Zu Punkt 4: Die Umsetzung vieler Forderungen fällt weder in den Umwelt- noch den Gesundheitsbereich und scheitert damit auch nicht an fehlenden Geldmitteln dieser Ressorts. Überzeugungsarbeit bei den zuständigen Fachministerien muss sicher beständig eingefordert und durch sanften Druck "von unten" auch gefördert werden. Somit können Kritik und Unzufriedenheit die engagierte Arbeit im Umwelt- und Gesundheitsbereich unterstützen.

Die ersten Schritte eines weiten, mühsamen Weges zu einer nachhaltigen, menschengerechten, "kinder- und enkeltauglichen", partizipatorischen Gesellschaft sind also gemacht. Jetzt gilt es, den Prozess weiterzuführen.

Dr. Hanns Moshhammer
Ärztinnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt
Wien